

Tezos-Stiftung: Sammelklage wegen Kryptowährung



Mehr Geld hatte nie ein Initial Coin Offering – der Verkauf eines Anteils an einer neuen Kryptowährung an Anleger – eingebracht: Rund 232 Millionen Dollar sammelten die Macher hinter der Währung „Tezzie“ im Juli 2017 mit der im schweizerischen Zug beheimateten Tezos-Stiftung ein, wie unter anderem Die Website [Inside-it](#) berichtet. Dann kam es zum öffentlich ausgetragenen Streit zwischen dem Unternehmerehepaar Kathleen und Arthur Breitman, den Mitgründern des Projekts, und Stiftungspräsident Johann Gevers. Im Februar gab Gevers seinen Rückzug bekannt. Nun droht neues Ungemach.

Und wieder ist es eine Premiere: Mit der Tezos-Stiftung ist laut [Gomopa.net](#) erstmals gegen ein Initial Coin Offering eine Sammelklage gestellt worden. Investoren vor einem kalifornischen Gericht behaupten, „dass die Unternehmer, die hinter der Emission stehen, den Kauf der Tezzie-Tokens im Rahmen einer wohlthätigen Spende irreführend vermarktet haben“, so [Welt.de](#). Die Anleger würden mit leeren Händen dastehen, sollte das Projekt zusammenbrechen. Non-Profit-Stiftungen wie Tezos unterstehen in der Schweiz keiner Finanzaufsicht.

Die Schweiz und besonders das „Crypto Valley“ genannte Zug ist eine der wichtigsten Adressen überhaupt im Bereich der Kryptowährungen. Vier von zehn Initial Coin Offerings weltweit fanden 2017 in Zug statt, so Gomopa.net. Doch längst gibt es kritische Stimmen: Die Schweizerische Finanzaufsicht Finma habe im Februar Richtlinien herausgegeben, „um Investoren daran zu erinnern, dass das Geldwäschegesetz auch für Schweizer ICOs gilt“, so [Cash.ch](#). „Zug ist eine notorische Oase für Wirtschaftskriminelle“, zitieren die Autoren aus der kalifornischen Klage.

Tezos ist nicht die einzige Stiftung im Kryptobereich. Mit der [lota-Stiftung](#) gründete sich im November in Berlin ebenfalls ein Projekt im Dritten Sektor. Die Verantwortlichen führten als Grund für die Ortswahl auch die strengen rechtlichen Vorschriften in der Bundesrepublik an.